

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, im Voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 2.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Blümel“, „Stadtblätter“, „Grußentworte“, „Der Kinbesfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“, „Kulturarbeit“ und „Lehrling“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konvertierung 10 Pfennig Reichsmark zu Reichsmark „Kleine Anzeigen“ des letzten Monats 20 Pfennig gültig zwei teigebundene Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengebühr das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 63, wöchentlich von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 203-207 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vorverkaufsstelle: Berlin 27536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Poststr. 63 Titokonto-Gesellschaft Postfach 10000

Hungersnot in Nordchina.

Die Folge des Bürgerkriegs. — Vier Millionen Menschen am Verhungern!

Peking, 28. Dezember (Reuter).

Europäer in Schantung bestätigen die Meldung der Gesellschaften zur Linderung der Hungersnot, daß vier Millionen Menschen nahe am Verhungern sind. In 35 Bezirken von den 107 Bezirken der Provinz Schantung sind weniger als 10 Proz. der Ernte tatsächlich eingebracht worden, in 30 anderen Bezirken zwischen 10 und 40 Proz. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt bereits von Baumrinde und Spreu. Der schlimmste Punkt ist noch nicht erreicht. Früher wohlhabende Bauern veräußerten ihre Viehbestände für geringfügige Beträge, um auszuwandern. Die Lokalbehörden geben der Dürre und dem Heuschreckenschwarm die Schuld an der Hungersnot; wie die Europäer erklären, ist sie aber hauptsächlich auf den Bürgerkrieg, das Banditentum und die drückende Besteuerung zurückzuführen. Es besteht keine Hoffnung, in China selbst ausreichende Geldmittel aufzubringen, um große Massen der Bevölkerung vor dem drohenden Tod zu retten.

Hilfe vom Ausland wird dringend gebraucht. Die Truppen und die Banditen verschärfen noch die Notlage im Hungerbezirk und machen es dabei unmöglich, großangelegte Hilfsmassnahmen unter ausländischer Leitung durchzuführen, wie etwa den Bau von Straßen und Kanälen. Unheilvolle Verhältnisse herrschen in Tamingfu im südlichen Tschili, wo nur 20 Proz. der Ernte eingebracht werden konnten.

Der Terror in Kanton.

London, 28. Dezember.

„Times“ meldet aus Hongkong, daß General Kischotsum mit den Kwangsi-Truppen Samschau genommen hat und gegen Kanton vorrückt. In Kanton selbst hätten sich einige Unruhen ereignet. Dreißig angebliche Bolschewisten, zum größten Teil Frauen, wurden verhaftet und hingerichtet.

Wann wird gewählt?

Die Angstpsychose der Rechten.

Schon vor einigen Wochen hat der „Vorwärts“ die sachlichen Gründe dargelegt, aus denen mit einer Wahrscheinlichkeit, die an Gewißheit grenzt, Frühjahrswahlen zum Reichstag zu erwarten sind. Nun ist in der Presse eine neue Diskussion über den Wahltermin entstanden. Sie ist veranlaßt durch die Behauptung der „Welt am Montag“, daß zwischen Stresemann und Briand eine Vereinbarung über die Wahltermine getroffen worden sei, wonach auch in Deutschland wie in Frankreich die Wahlen im Frühjahr vorgenommen werden sollten.

Auf diese Nachricht hin stieß die „Kreuzzeitung“ einen furchtbaren Angstschrei aus. Sie verschanzte sich hinter die „nationale Würde“ und versicherte, es sei unwürdig, die deutschen Wahlen von den französischen abhängig zu machen. Sofort sprang ihr auch der Fraktionsvorsitzende der Volkspartei, Herr Scholz, bei, der in den „Berliner Stimmen“ erklärte, eine vierjährige Wahlperiode sei sowieso schon sehr kurz, und er sehe keinen Grund, die Wahlen vor Ende 1928 oder Anfang 1929 vorzunehmen.

Nun meldet sich auch die „Tägliche Rundschau“ und, wie man annehmen darf, durch sie Herr Stresemann zum Wort, um zu erklären:

Von irgendwelchen Vereinbarungen kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil die Ansetzung des Neuwahltermines von dem Willen des Reichsaussenministers in keiner Weise abhängig ist. Man kann höchstens von Auffassungen über die voraussichtliche Lebensdauer des Reichstages sprechen, Auffassungen, die ja bekanntlich verschieden sind. Es ist aber soviel sicher, daß der Reichstag unter allen Umständen zusammengehalten werden muß, bis der Haushaltsplan für 1928 verabschiedet ist. Es kann heute noch niemand wissen, ob diese Verabschiedung rechtzeitig bis zum 1. April erfolgt, oder ob es, wie in früheren Jahren, darüber hinaus noch wochenlang dauert, bis der Haushaltsplan erledigt ist. Selbst wenn man also der Ansicht wäre, der Reichstag könne nach der Verabschiedung des Etats nicht mehr lange lebensfähig sein, selbst dann ließe sich ein Neuwahltermin auch nicht mit annähernder Sicherheit voraussagen.

Die Erklärung, daß in Genf über den Wahltermin keine „Vereinbarungen“ getroffen worden sind, ist selbstverständlich korrekt. Nicht bestritten aber wird von der „Täglichen Rundschau“, daß Briand und die französische Linke auf ihren Sieg bei den Wahlen rechnen und daß sie den lebhaftesten Wunsch haben, auch alsbald einen Deutschen Reichstag vor sich zu sehen, der ein anderes Gesicht hat als der gegenwärtige.

Es ist ein Unsinn, von „nationaler Würdelosigkeit“ zu sprechen, wenn man sich für Wahltermin und Wahlausgang beiderseits lebhaft interessiert. In Deutschland wünscht jedermann für Frankreich den Sieg der verständigungsberedten Linken. Daß diese Linke nach dem Sieg, den sie erhofft, in Deutschland es nicht gern mit einer Bürgerblockregierung zu tun haben möchte, ist doch ganz selbstverständlich.

Recht geben kann man der „Täglichen Rundschau“ darin, daß der Etat für 1928 noch verabschiedet werden muß. Der Reichstag wird sich die größte Mühe geben müssen, wieder einzuholen, was durch die Bummel der Regierung verfallen worden ist. Wie dann aber noch Schulvorlage, Strafgesetz und weiß Gott, was noch alles zwischendurch erledigt werden sollen, bleibt ein Rätsel.

Ist der Etat erledigt, wird man den Reichstag auflösen und Neuwahlen ausschreiben müssen — nicht weil diese oder jene Partei es will, sondern weil das aus zwingenden sachlichen Gründen geschehen muß. Spätestens in der Zeit zwischen den französischen Neuwahlen und dem 1. September, an dem der Dawes-Plan mit voller Wirksamkeit in Kraft tritt, müssen die innerpolitischen Fragen bereinigt sein. In diese Zeit mit einer Regierung hineinzugehen, die zum Abbruch reif ist und an deren Fortbestand man nicht glaubt, wäre unverantwortlich. Darum müssen die Deutschnationalen und Herr Scholz, mag das Scheiden auch wehe tun, sich auf ein baldiges Ende dieses geliebten Reichstages gefaßt machen.

Ganz irrig ist die Annahme, die Sozialdemokratie verstehe sich auf den Frühjahrsstermin und sie tue das aus „parteilichen Gründen“. Die Sozialdemokratie als Partei hat gar keine Eile. Jeder Monat Bürgerblock bedeutet für sie schätzungsweise zwei Mandate mehr bei den nächsten Wahlen. Danach kann sich jeder bequem ausrechnen, ein wie langes Leben sie dem Bürgerblock wünscht — soweit es auf „parteiliche Gründe“ ankommt. Nicht „parteiliche“, sondern staatspolitische Gründe zwingender Art sprechen für die Frühjahrswahlen. Darum richten wir uns auf sie ein.

Poincaré und die Linksminister.

Sonderberatung über die allgemeine Regierungspolitik.

Paris, 28. Dezember. (Eigenbericht.)

Wie der „Matin“ zu berichten weiß, hat Ministerpräsident Poincaré gestern nachmittag Briand, Herriot, Painlevé und Sarraut zu einer bedeutsamen Privatbesprechung zu sich geladen. Es handelt sich, wie die Zeitung meldet, um die Vorbereitung der für Januar angeordneten großen Diskussion über die allgemeine Politik der Regierung. Der Ministerpräsident habe es für notwendig gehalten, zunächst die Ansicht derjenigen seiner Minister einzuholen, die bei den Linksparteien eine besonders einflußreiche Stellung einnehmen. Dieser Wunsch sei allein dadurch gerechtfertigt, daß von der bevorstehenden Kammerdebatte eine große Rückwirkung auf den Wahlkampf und auch auf die Existenz des Kabinetts zu erwarten sei.

Republikanisierung des Heeres.

In Mexiko.

Mexiko-Stadt, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Regierung hat nach der Hinrichtung der aufständischen Generale Lucero und Bertoni die Haftentlassung aller unter dem Verdacht der Teilnahme an der jüngsten Militärrebellion verhafteten Offiziere angeordnet, während das bereits eingeleitete Prozeßverfahren weitergeht. Alle der Teilnahme verdächtigen Offiziere sind jedoch aus dem Heere ausgeschlossen worden. Von den Aufführern sind nur noch die Generale Alvarado, Medina und Aleman flüchtig. Jedoch hofft die Regierung, auch sie bald gefangen nehmen zu können. In diesem Fall dürften auch sie von dem Schicksal ihrer Komplizen ereilt werden.

Futterkrippe! Futterkrippe!

Oder schreie bei Zeiten!

Die Deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ schreit laut über „sozialdemokratische Futterkrippenwirtschaft“. In Sachsen. Sie regt sich auf, weil Fräulein Rosenhain, die Sekretärin des preußischen Ministers des Innern, zum Regierungsrat ernannt worden ist.

Zu Sachsen: dort hat eine Bürgerblockregierung systematisch die reaktionärsten und republikfeindlichsten Elemente in der Verwaltung verankert und eine Personalpolitik getrieben, die sich selbst neben der der gestürzten Stahlhelmregierung in Braunschweig sehen lassen konnte!

Zu Rosenhain: es schmerzt die Herren Deutschnationalen, daß für einen Junbling ihrer Befinnung, der keine Befähigung zum Regierungsrat durch fleißigen Besuch staats- und verfassungsfeindlicher Kollegs an deutschen Universitäten und durch eifriges Rühren um die Protektion der alten Herren seines Korps erworben hat, wieder eine Beförderungschance mehr dahin ist. Noch dazu durch eine Frau! Grund genug, daß sie die ganze Gemeinheit ihrer Befinnung gegen Regierungsrat Rosenhain austoben, noch dazu in einer Sprache, die eines Revolverblatts würdig wäre. Im übrigen: siehe unten.

Herr von Reudell und die Seinen haben im Reich energisch parteipolitisch bestimmte Personalpolitik getrieben. Damals schwiegen alle Mäuler, und von dem Wort Futterkrippe war weit und breit nichts zu sehen. Warum heute wieder das Geschrei? Weil die Deutschnationalen wissen, daß es mit ihrer Herrlichkeit nach den nächsten Wahlen aus ist. Deshalb schreien sie bei Zeiten!

Deutschnationale Geheimmethoden.

Die Ernennung von Fräulein Käthe Rosenhain, seit 1919 Privatsekretärin dreier preussischer Innenminister, zur Regierungsrätin gibt der deutschnationalen Presse einmal wieder Gelegenheit, ihre schäbige Befinnung in hellstem Licht zu zeigen.

Häufig glaubt die „Deutsche Tageszeitung“ feststellen zu sollen, daß der Innenminister Bruns seine „Stenotypistin“ für ihre „herausragenden Kenntnisse in der Stenographie und auf der Schreibmaschine“ zur Regierungsrätin befördert habe. Nun können wir uns sehr wohl vorstellen, daß eine Stenotypistin mindestens ebenso intelligent ist, wie beispielsweise ein Regierungsassessor, an dem sich das Wunder vollzieht, daß er innerhalb weniger Monate zum Regierungsrat, Oberregierungsrat und Ministerialrat avanciert, — natürlich keinesfalls deswegen, weil er zufällig der Bruder des deutschnationalen Innenministers v. Reudell ist. Schließlich ist Zweck und Wesen der Demokratie, die Vorgesetzten aus den unteren Schichten zu fördern, nicht sie, wie das das alte System tat und die Reichswehr heute noch tut, von den Aufstiegsmöglichkeiten abzuschließen.

Im übrigen hat Fräulein Rosenhain die Soziale Frauenschule absolviert, noch unter dem alten System die Befähigung zur Wohlfahrtspflegerin erhalten und hat während des Krieges mehrere Jahre lang das Frauenreferat der Kriegsamtsstelle in den Marken innegehabt und in dieser Eigenschaft wesentlich an der Organisierung des weiblichen Hilfsdienstes in Lazaretten, Bureaus ufm. mitgewirkt, wie ihr die unter dem alten System ausgestellten glänzenden Zeugnisse bestätigen.

Daß die Rechtspreffe Fräulein Rosenhain als Stenotypistin, die außer der Schreibmaschine nichts versteht, hinzustellen sucht, wundert uns bei dem Charakter dieser Gesellschaft nicht. Wenn aber die „Deutsche Zeitung“ mit Ausdrücken wie „Kassierwirtschaft“ usw. Reizidee ganz anderer Art für die Ernennung der Dame anzudeuten sucht, so stellt diese Bemerkung einen Rekord der Gemeinheit dar, der bei allem Gewöhnlichen notiert zu werden verdient.

Gefinnungsterror gegen Geistliche.

Zum Kapitel: Militarismus und Kirche.

Vor nicht zu langer Zeit wurde ein Aufruf zur Bildung einer Gruppe antimilitaristischer Pfarrer veröffentlicht. Unter den Antwortern, die darauf eingingen, befand sich folgender Brief eines Geistlichen:

Ostbienen, den 19. November 1927.

Hochverehrter Herr Amtsbruder!

Unlängst las ich, daß sich auf Ihren Aufruf zur Bildung einer Gruppe antimilitaristischer Pfarrer aus ganz Deutschland bisher nur die aufs ganze gesehen überaus bescheidene Zahl von etwa 125 Pastoren gemeldet haben; ich möchte Ihnen schreiben, daß nach meiner ziemlich eingehenden Kenntnis der ostbienen Pfandverhältnisse die Zahl auch nicht annähernd die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt. Natürlich sind auch bei der hiesigen Pfarrei die Kriegsheifer in der erdrückenden Mehrheit, aber doch gibt es hin und her eine nicht ganz kleine Zahl von solchen, die im Grunde ihres Herzens ehrliche Pazifisten sind. Warum aber kommen diese so wenig mit der Sprache heraus?

Ich weiß nicht, verehrter Herr Bruder, ob Sie die ländlichen Patronatsverhältnisse der „freien“ Kirche ein wenig aus eigener Anschauung kennen. Der Rittergutsbesitzer, der als Patron der Kirche den Pfarrer berufen hat und der in allen kirchlichen Angelegenheiten auch dann das ausschlaggebende Wort zu sprechen hat, wenn er (und so ist es jetzt vielfach) zu den kirchlichen Vätern, Kirchensteuern usw. wegen angeblicher Einkommenslosigkeit in keiner Weise mehr beiträgt, ist natürlich der Führer oder Gönner des Stahlhelms.

Elemente, die dagegen Stellung nehmen, werden in seinem Dorfe nicht gebüdet.

und die gelegentliche Spendung ungeheurer Mengen von Freiwild überzeugt auch die anfänglich bedenkliehen Gutsarbeiter von den Vorteilen eines Kachetrieges und von der Selbstlosigkeit ihres jeweiligen Arbeitgebers. Der Pfarrer, der nicht mitmacht, wird bereits bedenklich von der Seite angesehen. Von dem Tage an, an dem der Pastor — und sei es auch nur im kleinen Kreise — patriotische Gedanken vertritt, beginnt für ihn der Aufenthalt in der Gemeinde untragbar zu werden. Der jetzt wohl in allen Landkreisen vorhandene Kreisoffizier, der ja auch für die moralische Wehrhaftmachung zu sorgen hat, ist bald von der Gefährlichkeit des Bestehenden unterrichtet; und Gutsbesitzer, Kriegerverein und Stahlhelm halten es für ihre vaterländische Pflicht, den Vaterlandsfeind zu verdächtigen und ihn zu kassieren.

Die Möglichkeit, in einer anderen Gemeinde von neuem und nun vorzüglicher anzulanden, ist ihm verwehrt. Das Konfessionarium hat durch den Superintendenten längst erfahren, daß er ungeeignet ist und sich mit seinen Gemeinden nicht sieht, kommt ihm also bei seinem Wunsche nach Versetzung nicht entgegen. Ein anderer Kirchenpatron verzichtet, sowie er von demselben die entsprechende Aufklärung erhalten hat. So bleibt er weiter in den alten Verhältnissen, die ihn zermürben, und die Sache, der er dienen wollte, wird bei dem Besten jeglicher Resonanz doch nicht gefördert.

Keinliche Ermüdungen und Erfahrungen bestimmen gewiss viele Brüder im Amte zur Zurückhaltung oder geben manchem von ihnen, ihnen selbst vielleicht unbewußt, eine vorteilhaftere Orientierung. Geistes überragende und führende Männer werden sich natürlich, wie Sie selbst, verehrter Herr Bruder, einen geeigneten und anerkennenden Wirkungstreis zu erobern wissen, aber für den Durchschnittspfarrrer heißt es auch hier, auf eigene Meinung zu verzichten.

Bitte, kämpfen Sie weiter für unser Vaterland und für uns!

Der Brief spricht für sich. Er ist der Ausdruck der Gewissensnot eines Mannes, der unter dem Druck der Verhältnisse den Kampf aufgegeben hat. Das Milieu, das hier gezeichnet ist, kennt man aus den erst kürzlich erörterten Verhältnissen in Arensdorf — es findet sich aber in den meisten östlichen Gemeinden wieder. Feudaler Gesinnungsterror duldet keine opponierende Geistlichkeit. Kämpfernaturen, die dagegen aufbegehren, müssen ihre Laufbahn opfern, müssen sie sich wehren, sich anonymin an die Öffentlichkeit wenden und dürfen dabei nicht einmal den Ort ihres Wirkens verraten, sonst werden sie die Folgen ihrer Opposition noch stärker zu spüren bekommen.

Man braucht sich dann nicht mehr darüber zu wundern, daß in der protestantischen Geistlichkeit die militärisch-fremde, dem Feudalismus unterwürfige Durchschnittlichkeit dominiert.

Aber gibt es keine Stelle, die den unter dem Gesinnungsterror stehenden Geistlichen zu ihrem Recht verhilft?

Wieviel Einwohner zählt Litauen? Aus Romas wird gemeldet: Nach statistischen Mitteilungen zählt der litauische Staat insgesamt 2 225 520 Einwohner, davon wohnen im eigentlichen Litauen 2 116 418 Personen und im Memelgebiet 109 102 Personen. Die Bevölkerungsdichte beträgt auf einen Quadratkilometer in Litauen 39,8, im Memelgebiet 57 Personen. Was jedoch am Interessantesten wäre, verschweigt diese amtliche Statistik, nämlich, wieviel von diesen Einwohnern wirkliche Litauer sind und wieviel Weißrussen, Polen, Juden, Letten und Deutsche.

„— beinahe gelungen —“

Grundfäßliches zu einem Reichswehrbeleidigungsprozess.

Vor dem Schwurgericht in Konstanz hatte sich der politische Redakteur des sozialdemokratischen „Volkswillen“ in Sigmaringen a. S., Genosse B. Schildbach, wegen Beleidigung durch die Presse zu verantworten. Er hatte als Redakteur ein Telegramm des „Berliner Tageblatts“ übernommen, und zwar unter Quellenangabe, nach welchem der Erbprinz Johann Leopold von Sachsen-Coburg-Gotha in das Reichswehrcorps in Meiningen eingestellt werden sollte, was aber nicht gelungen sei; darauf habe er unter einem Pseudonym in das Bataillon in Donaueschingen eingestellt werden sollen. Dieses Komplott wäre beinahe gelungen. Bei Duzenden republikanischer Zeitungen, die die Nachricht ebenfalls übernommen hätten, erfolgte nichts. Nur dem Redakteur Schildbach wurde der Prozess gemacht. Der Kommandeur von Donaueschingen fühlte sich beleidigt durch die Worte „beinahe gelungen“, weil dadurch gesagt sei, er selber hätte pflichtwidrig versucht, den Prinzen einzustellen. Der die Anklage vertretende Staatsanwalt nannte dies sogar eine „schwere Beleidigung“. Das Urteil lautete auf 50 M. Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils.

Nach § 186 des RStGB. enthält die Nachricht tatsächlich eine Mitteilung, die bisher nachweislich nicht wahr gewesen ist, denn nicht in Donaueschingen, sondern in Meiningen wäre die Einstellung beinahe gelungen. Eine Mitteilung aber, die den Kommandeur des Donaueschingener Bataillons „verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist“, was erst die Strafandrohung des § 186 erfüllen würde, enthält der Artikel nicht; deshalb kommt der § 192 ebenfalls nicht in Frage. Der § 193 bestimmt aber, daß „Aussagen, welche zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht werden, nur dann strafbar sind, wenn daraus eine Beleidigung hervorgeht“. Also Wahrheit berechtigter Interessen, ohne damit eine Beleidigung zu verbinden.

Es gehört nun schon ein besonders empfindlich ausgebildetes Gefühl dazu, in den beiden Worten „beinahe gelungen“ eine Beleidigung zu erblicken, oder sogar eine „schwere Beleidigung“. Wenn aber das „beinahe gelungen“ in bezug auf Donaueschingen eine Beleidigung des Kommandeurs darstellt, die nur mit 50 Mark geahndet werden kann, — dann ist das tatsächliche Gelingen in Meiningen, woleibst der Erbprinz durch Eintrag in die Listen sachlich aufgenommen war, eine Beleidigung der Republik. Eins bedingt das andere. Nachdem nun der Redakteur verurteilt ist, müßte der Reichsanwalt die Anklage wegen Beleidigung der Republik gegen alle jene erheben, die den Koburger Erbprinzen in die Listen der Reichswehr aufgenommen haben.

Die Verurteilung kann nur dann verstanden werden, wenn man annimmt, daß die Befehlsparagrafen ohne Anlehnung an das Leben noch ihren tollkühnen Sinn ausgedeutet wurden und ohne Anerkennung des Willens, daß damit dem bestehenden Staat gedient werden sollte.

In welcher Lage aber kommt bei solcher Auslegung die Presse, deren Streben und Aufgabe ist, öffentliche — und sogar staats-erhaltende — Geschehnisse zur Sprache zu bringen! Ihr ganzes Wirken ist durch einen solchen Spruch unterbunden, denn nur in den allergeringsten Fällen hat die Presse von vornherein die etwa gesetzlich rechtmäßigen Unterlagen eines Beweises. Die Frage, ob ein Staatsanwalt in diesem Falle es nötig hätte, dem Antrag auf Bestrafung zu entsprechen, soll außerhalb dieser Betrachtung stehen.

Wäre aber diese Anklage nach dem alten Schwurgerichtsverfahren mit 12 Geschworenen erledigt worden, die allein ohne berufsrichterlichen Beistand die Frage „Ist der Angeklagte schuldig?“ zu beraten gehabt hätten, so wäre die Frage bestimmt verneint worden. Im neuen Schwurgerichtsverfahren, wo der Berufsrichter bei der Beratung ebenfalls den Vorbehalt behält, geschieht es zu leicht, daß die Laienrichter sich der rein juristischen Paragrafenanleihe anschließen und dem juristischen Wort unterliegen. Dabei braucht gar nicht berücksichtigt zu werden, ob der Berufsrichter dem Angeklagten oder seiner Tat gegenüber besonnen oder nicht besonnen ist; denn der Berufsrichter ist von vornherein von seiner Meinung überzeugt und kommt

auch bei größter Unbefangenheit aus seiner Haut nicht heraus. Hinzu kommt, daß der Laienrichter nur zu oft oder fast immer sich nur als Laien betrachtet, sich von dieser Befangenheit dem Richter gegenüber niemals befreien kann, und diesem daher blindlings folgt.

Sozialistenpartei und Gewerkschaften.

Debatte auf dem Pariser Parteitag.

Paris, 28. Dezember. (Eigenbericht.)

Am 27. Dezember wurde der Parteitag der Sozialistenpartei in Paris eröffnet. Der Parteitag wurde von dem Parteivorsitzenden, dem Abgeordneten Dumoulin, eröffnet. Dumoulin besprach die Lage der Partei zum Gewerkschaftsbund, der CGT. Deren ehemalige Generalsekretär Drouotin besprach die Lage der Partei zum Gewerkschaftsbund, der CGT. Deren ehemalige Generalsekretär Drouotin besprach die Lage der Partei zum Gewerkschaftsbund, der CGT. Deren ehemalige Generalsekretär Drouotin besprach die Lage der Partei zum Gewerkschaftsbund, der CGT.

Leon Blum gelang es schließlich, die unerkündete Diskussion abzuschließen. Er sagte, zwischen Arbeit und Kapitalismus könne es Verständigung nicht geben, aber die Gewerkschaften seien ein unentbehrlicher Teil der proletarischen Kampftruppe.

Indischer Boykott.

Gegen die britische Verfassungskommission.

London, 28. Dezember.

Die letzte Sitzung der Nationalen Föderation in Indien wurde durch den Präsidenten Bahadur Sapru in Bombay eröffnet. Sie beschäftigte sich ausschließlich mit der englischen Verfassungskommission für Indien. In der Rede des Präsidenten heißt es, daß die indischen Liberalen nicht nur die Kommission als solche ablehnen, sondern auch den Geist, aus dem heraus die Regierung von Indien und das englische Parlament die Kommission ins Leben gerufen haben. Er erhoffe ein Indien, das aus einer Reihe föderierter Staaten bestehe, deren Beziehungen zueinander wohl abgegrenzt seien und das unter der Legende der englischen Krone Indien als gleichberechtigtes Mitglied des britischen Weltreiches bestehe und nicht mehr vom Ministerium für Indien abhängen, das sich das Recht anmaßt, für die Indianer eine Art Vorsehung spielen zu wollen. Nach dreistündiger Erörterung nahm der Kongress eine Entschließung an, wonach die Verfassungskommission auf das schärfste boykottiert werden soll. Unter der ostindischen Signatur Mohammedaner befehlt Streit, ob die Kommission von ihnen boykottiert werden soll oder nicht. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die verschiedenen Gruppen geforderte Kongresse abhalten.

Hilfer abkomplimentiert. Unter Hinweis auf die allmählich einsetzende Vorbereitung der kommenden Wahlen wurde das preussische Staatsministerium in einer kleinen Anfrage eines nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten erfragt, Hilfer das Reden in öffentlichen Wahlversammlungen in Preußen „wenigstens während der Zeit der Wahlvorbereitungen“ zu erlauben. Der Minister des Innern lehnt jedoch in seiner Antwort die Aufhebung des Redeverbotes für Hilfer, für das die Gründe wiederholt mitgeteilt worden sind, ab.

Der Warschauer Redakteur Komocynski, auf den der gemeldete Anschlag verübt wurde, ist Nationaldemokrat, d. h. Rechtsler. Er wird recht oft wegen seiner persönlichen Angriffe attackiert.

literarischer Revueautoren, gehören zur Junik der Intellektuellen. Für den Farbenreichtum des Kunstgewerbers bieten sie — ja, was bieten sie als Ausgleich? Ein Feuerwerk von Geist und Witz, eine feste Zeitfatale. Ich, sie sehen die Welt durch die Scheiben des Bohemienkollies und glauben, so einen lustigen Auerjäger durch die Gegenwart zu bringen. Die jüngste Literaturgeneration, die Defakto, Storalüren, die preussische Justiz, Ketherwellenmusik, die Reichswehr, das sind die Themen, mit denen sie einen Theaterabend bestreiten wollen. Mehr ist ihnen nicht eingefallen. Und wenn wenigstens in dem zusammenhangslosen Nebeneinander von Couplets ein zündender Funke sprüht! Auch das nicht. Alle Szenen sind zu lang, viele sind gekrampft, manche sind albern. Was ist die aufgetragene, und doch ist das Ganze dünn bis zur Rangeweile. Darüber tröstet nicht die handbestreite republikanische Gesinnung hinweg. Bisfolide in dem enttäuschungsreichen Abend sind ein paar musikalische Einflüsse des Friedrich Holländer, der Schöpfung der Weintraub-Jazzfabelle, und Annie Lewis, die ihre Lieber mit unerhörtem Schmiss hinlegt. Die Foster-Holländerische literarische Revue ist ein zusammengekludelter Posterbaukasten für eine größere Familie. Diese Familie schien sich gestern im Theater am Kurfürstendamm versammelt zu haben. Das Publikum ansehte und lächelte vor Vergnügen auch bei den dümmsten Szenen. Die Familie der Berlin-Intellektuellen ist nur klein. Was werden die anderen sagen? dgr.

Der Verband Deutscher Kunstgewerbevereine hat auf einem Delegiertentage in Halle sich mit allen Fragen beschäftigt, die für seine Stärkung und Einordnung in das Gesamtwerk der Kultur von Bedeutung sind. Akademiedirektor Prof. Karl O. J. Dresden, vertrat die Notwendigkeit einer Mitarbeit des Kunstgewerbes an der Typisierung und Mechanisierung auch der deutschen Erzeugung. Angenommen wurde eine Antropometrie der schifflichen Vereine, die u. a. fordert: die Errichtung eines Gesamteuropäischen Verbandes (aller Vereine im deutschen Sprachgebiete) wird angestrebt. — Die Typisierung wie der individuellen Arbeit ist gleiche Aufmerksamkeit zu schenken. — Den besten Reuen die Bahn frei. Hebung des Durchschnittes, Unterdrückung des Minderwertigen! — Es ist an der beruflichen und persönlichen Erziehung der Jugend mitzuarbeiten. — Den Willen und das Können zur Vertiefung beim Erzeuger, das Verständnis für sie beim Verbraucher in weitesten Kreisen zu wecken und zu fördern ist Hauptaufgabe der Zusammenarbeit. Die Leitung des Verbandes hat künftig eine Geschäftsstelle, der ein kleiner Ausschuss zur Seite steht. Zum Geschäftsführer wurde Bildhauer W. Pfeiffer-Quandt, Plauen i. V., gewählt. Den Ausschuss bilden Prof. Groß, Dresden, Prof. Sothen, Hannover, Pfeiffer-Quandt, Plauen i. V., A. Siebenfreund, Danzig, und F. R. Wilm, Berlin.

Darwins Tochter gestorben. Im Alter von 84 Jahren ist am Weihnachtstabend in London Henriette Darwin aus dem Leben geschieden. Die Tochter Charles Darwins, die dem großen Vater bis zu ihrer im Jahre 1871 erfolgten Verheiratung eine treue Mitarbeiterin gewesen war. Sie war seine Sekretärin und leistete ihm bei der Stifterung seiner Arbeiten wertvolle Dienste, da es Darwin oft an der übersichtlichen Anordnung seiner Sachsysteme fehlte ließ. Henriette Darwin hat auch selbst unter dem Titel „Emma

„Madame Pompadour.“

(Großes Schauspielhaus.)

Frau Raffary sucht zunächst behusam und beinahe unsicher den Beifall der 3000 Reue in den Zirkulängen. Sie ist besanzen, sie muß sich erst „worm“ spielen. Dann aber spielt sie sich frei und mit jählicher Freude nur nach ihrer eigenen Natur. Bei allen, die ihre Partner sind, spürt man noch den Drill, die Manier, die Methode, auch wohl die Feinesse, mit der sie sich herausstellen. Frau Raffary beherrscht ihre Operettenkunst aber mit einer fast überirdischen Grazie. Sie bemüht sich schenbar gar nicht, es ist die Wellendung.

Des Falls „Madame Pompadour“ darf im Großen Schauspielhaus als Bilderszene aufgeführt werden. Man hätte sich aber danach, nun jede Operette einfach eine „große Operette“ zu nennen und dann als Managespiel auszuwandern. Obwohl die Farben der Sternchen Dekoration entzückend sind, leidet der Bühnenmeister darunter, daß er die Kommutübne verfeinern muß. Die Operette paßt selten für solche Reichenbühne, auch wenn man sie wegen der Reklame als große Operette bezeichnet. Charrez's Revuestil für die Operette ist keine glückliche Neuerung, er ist eher eine Vergrößerung. Das Genre könnte noch mehr herunterkommen, als es schon entartet ist. Für die „Madame Pompadour“ erfindet der Bühnenmeister Auswege und Wirkungen, die man nicht als peinlich empfindet. Es steht z. B. ein königlicher Schreiberlich auf der Bühne, der Schreiblich gleicht aber einem amerikanischen Riesenschilder und Ludwig XV. geht auf dieser Parteifläche spazieren wie ein Herodotus auf der Tanzfläche. Das ist gelegentlich lustig anzusehen, doch es genügt nur einmal. Man merkt bald, daß der ungeheure Raum sich schwer füllten läßt. Regisseur und Bühnenmeister müssen Trübs erkennen, um die Beere auszufüllen. Die Trübs sind nicht immer sehr erlesen. Ludwig XV. kommt z. B. nachts von der Jagd. Er hat die Hirschwege abblasen lassen, um schnellst zu der königlichen Kaitresse ins Bettchen zu schlüpfen. Es war wohl auch nicht Ludwig XV. Gewohnheit, bei solcher Gelegenheit mit einer ganzen Hundemeute und zahlreichen Kallatengesinde in das Boudoir der Kaitresse einzudringen. Und man vernimmt Balaunenblasen aus allen Ecken des Reichenhauses, wenn die Pompadour endgültig ihren König genastührt und ihre Lieblinge beglückt hat! Charrell hat sich das als eine archaische Schlagopetthee mit Märchenstimmung gedacht. Aber das Ganze kommt eher dem barbarischen als dem guten Schmauch nahe.

Sankuhn singt Kost, famos und nicht zu schmalzig den Großen, der beinahe in des königliche Bett gekommen wäre. Westermaner und Lotte Werdmeister tanzen, singen, bläsen und kurzen das ukaste Paar. Bicha erischiebt eine Rolle als Polzeibild auf der Bühne, und man darf über einen Komiker lachen, der die groteske Seite der Spezies Troitel köstlich charakterisiert.

Und immer wieder die Raffary! Sie ist als Bäufel-Ängsterin, Längerin, Liebhoblerin und weltliche Diplomatin eine Varietät, die sich der kritischen Betrachtung entzieht. Man dankt ihr ohne Einwände, man ist nur entzückt. R. S.

„Die schöne Helena.“

(Metropol-Theater.)

Diese Operette ist, was wir unsterblich nennen. Der Stoff ist es, das hat er durch drei Jahrtausende bewährt, und die Musik — lebt seit mehr als sechzig Jahren, in ihrer liebenswürdigen Furchheit, in der Bewegtheit ihrer Rhythmen schlägt sie alles, was sich seit Jahrzehnten bei uns als Operette dreht macht. Operette immerhin — wir wollen die Sache nicht zu wichtig nehmen; auch diese war eine Umfängerangelegenheit ihrer Epoche und ihres Willens. Das damals Zeitgemäße der Musik — die Verhöhnung Regierbeers und der Großen Oper hat für uns seinen Sinn verloren. Und der griechische Königstrolach mit seiner verkommenen Sippschaft, so wie Reichac und Halönn sie auf die Bühne stellen, das war damals, im kaiserlichen Frankreich, gewiß eine froppierend lustige Sache. Aber wenn Pallenberg, der unergleichlich klägliche, komische König Wenzlaus, an sein Thronchen gekommt, sein unwiderstehliches „Wacht Curen Dreck alleine!“ ins johlende Parzell schreubert (wie einst, in Reinhardts „Orpheus“, als „Jupi“), dann bringt uns nicht nur dieses wahrhaft königliche Wort in Erinnerung, daß wir nicht mehr die Operettenbühne nötig haben, um „Könige“ gezeigt zu bekommen, wie sie sind; los haben sie bei uns alleine gemacht. Und die Antike? Wie fern muß sie dem heutigen Metropoltheater-Publikum gerückt sein, dem sie durch Erläuterungen näher gebracht wird wie die im Programmheft.

Also, die „Schöne Helena“ ist, trotz ihrer Unsterblichkeit, zur Stunde ein bisshen unzeitgemäß geworden; für ihre Aufführung, das liegt im Belen der Operette, bedürfte es ihrer (kongenialen) Erneuerung aus heutigem Zeitgeist. Die anonyme Theaterrichtung hat die Sache teils zu schwer genommen, teils sich zu leicht gemacht. Der Grundton der Aufführung ist: Brooing von gestern. Das zwischen großen Opernnamen (und Leistungen) aus dem heutigen Berlin: Schilling, Disenbochs Leidsmann, wenn auch nicht gerade künstlerisch verwandten Blutes; Bisletta de Strozzi; Karl Lagergaard Deströg. (Nur er hat gelegentlich Offenbachische Momente.) Und als Hintergrund Ludwig Rainers, des Phantastebegabten, Bühnenbildner. Doch zur Komzielung des übrigen Aincous: Kurt Gerronne als Calhas. R. F.

Intellektuellen-Revue.

(Theater am Kurfürstendamm.)

Der Revue, der sinnbildenden Drois der Prachtentaltung, wirt man Uebermaß an Neugierlichkeit, Wangel an Geist und sonst noch allerhand vor. Die fleischbildrige Revue „Bei uns um die Gedächtnisfeier rum“ des Theaters am Kurfürstendamm ist keine solche Paradeschau. Kein Pomp und kein kostspieliger Aufwand, kein Aufmarsch beredender Franzosen, keine Iller, Sanibhies, Jekkon-Girls, kurz, kein Augen-schmaus. Denn die Verfasser Moriz Seeler, Leiter der Jungen Bühne, und Friedrich Holländer, musikalischer Berater

Arbeiter und Befoldungsreform.

Sind die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben Stiefkinder?

Die so stark umstrittene Befoldungsvorlage für die Beamten ist nunmehr Gesetz. Wenn auch berechtigte Wünsche der Beamten des unteren Dienstes zum Teil unzufrieden geblieben sind, so kann doch nicht bestritten werden, daß auch für sie eine — wenn auch nicht ausreichende — Erhöhung der Bezüge festgefunden hat. Dagegen sind die Arbeiter in den öffentlichen Körperschaften, deren Bezüge tief unter denen der Beamten liegen, zum Teil vollständig leer ausgegangen, obwohl seit der Währungsstabilisierung immer ein gewisses Verhältnis zwischen den Gehältern der Beamten und den Löhnen der Arbeiter in den öffentlichen Körperschaften bestand.

Am Dezember 1923 wurde das Anfangsdienstverhältnis für den Beamten der Befoldungsgruppe III Stufe 1, Ortsklasse A auf 846 M. jährlich und der Höchstlohn des ihm gleich zu bewertenden angelernten Arbeiters der Lohngruppe V im mittleren Lohngebiet auf 848 M. jährlich festgelegt. Am 1. Oktober 1927 hat derselbe Beamte ein Anfangsgehalt von 2034 M. jährlich und der gleiche Arbeiter im Osten ohne Ortszuschlag, aber mit Franzenszuschlag, ausschließlich der Sozialbeiträge,

einen Höchstlohn von rund 1500 M. jährlich.

Der Arbeiter ist also seit Dezember 1923 um rund 500 M. zurückgeblieben. Bei der Begründung der Befoldungsvorlage forderte der Reichsfinanzminister die Heranbringung der Beamtengehälter an die Friedensgehälter. Steht nicht dem Arbeiter das gleiche Recht zu?

Die Telegraphenarbeiter der Reichspost haben heute mit wenigen Ausnahmen nur 70 bis 80 Proz. ihrer Friedensrealbezüge; in Magdeburg, Halle, Erfurt, Hannover, Braunschweig usw. hatten die Telegraphenarbeiter vor dem Krieg 27 M. Wochenlohn; heute haben sie, ausschließlich der Sozialbeiträge, 20 M. pro Woche, das sind nur 3 M. mehr als in der Vorkriegszeit. Die Annäherung der Löhne an den Friedensstand war nur allzu berechtigt, trotzdem lehnte die Reichsregierung im Bund mit der Reichsbahn eine allgemeine Lohnserhöhung ab. Für die Erhöhung der Beamtenbezüge hatte die Reichsbahn 200 Millionen Mark übrig, für eine allgemeine Erhöhung der Arbeiterlöhne dagegen keinen Pfennig. Eine Weihnachtshilfe gab es auch nicht. Man spielte ein Resort gegen das andere aus, um die Arbeiter zu pressen. Ein gemeinsames und vorahnungsvolles Spiel, das sich eines Tages schwer rächen muß!

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion,

Hermann Müller, forderte am 24. November in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister

Neuregelung der Arbeiterlöhne.

In seiner Antwort behauptete der Reichsfinanzminister, die Arbeiter hätten bereits ihren Friedensreallohn erreicht. Zur Begründung dieser Behauptung hat er allerlei Zahlen angeführt, deren Richtigkeit bereits in der Sitzung des Reichshaushaltsausschusses vom 12. Dezember stark angezweifelt wurde. Vor allem wurden Widersprüche zwischen den Angaben des Reichsfinanzministers und denen des preussischen Finanzministers über die Annäherung der Gehälter an den Friedensstand festgestellt. Die Regierungsvorlage, z. B. Regierungsrat Dr. Reyer, verliert, diese Widersprüche damit zu erklären, daß der Reichsfinanzminister nur die Bezüge der Postkassierer und nicht die von anderen unteren Beamten angegeben habe. Das Wichtigste und Entscheidende — der Reichsfinanzminister hat das verschwiegen — ist, daß der Postkassierer mit zwei Kinderzulagen ein jährliches Anfangseinkommen von 2474 M. hat, wohingegen der Arbeiter mit der gleichen Kinderzahl ausschließlich der Sozialbeiträge nur ein Einkommen von 1670 M. hat. Der Arbeiter hat also rund 800 M. weniger im Jahre als der Beamte.

Zur dem Reichsfinanzminister dürfte bekannt sein, daß sich die Teuerung des dem niedrigsten Einkommen am stärksten auswirkt, und daß von Wochenlöhnen in Höhe von 30 bis 35 M., wie sie heute in den öffentlichen Betrieben einem verheirateten Arbeiter mit zwei Kindern gezahlt werden,

kein menschenwürdiges Dasein

geführt werden kann. Die Herren des Reichsfinanzministeriums wählten zwar die Notlage der Beamten in der überauspeinigen Weise zu schildern, für die grenzenlose Notlage der Arbeiter dagegen fanden sie kein Wort. Diesmal konnten sich die Herren beim Reichsfinanzministerium noch hinter Formalitäten verbergen.

In drei Monaten sind die Lohnsätze abgelaufen; da muß von den Herren Farbe bekant werden. Sie müssen dann erklären, ob sie die Arbeiter weiter hungern lassen wollen. Die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben müssen sich daher schon jetzt zum Kampf vorbereiten, wenn sie zu ihrem Recht kommen wollen. Sie haben keine Zeit mehr zu verlieren. Wer von ihnen auch jetzt noch nicht den Weg in seine selbständige Organisation findet, ist selbst schuld an seinem Elend.

Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr diesen Schieberrn erklärt, daß er nicht in der Lage sei, ihrem Antrag stattzugeben. Jedoch möge er zunächst einen allgemeinen Aufschub für das Inkrafttreten der Verordnung bis zum 31. Januar 1928 bewilligen.

Für diejenigen Werte, die ferner einen weiteren Aufschub beantragen würden, bewillige er, um die Prüfung der einzelnen Anträge später zu ermöglichen, einen weiteren Aufschub mit Rücksicht auf den Ablauf des maßgebenden Tarifvertrages bis zum 31. März 1928. Ob über diesen Zeitpunkt hinaus ein Aufschub gewährt werden könne, hänge von der Entscheidung über die Einzelanträge ab.

In Ostoberschlesien Achtstundentag!

Kattowitz, 28. Dezember. (IL)

Entsprechend den Wünschen der oberschlesischen Gewerkschaft ist vom polnischen Arbeitsminister eine Verordnung erlassen worden, die den Achtstundentag in Ostoberschlesien vom 1. Januar 1928 ab in den Eisenhütten, Stahlwerken, Stahlgießereien, ferner bei Generatorenbetrieben, Feuertreibern, Zinkhütten und schließlich bei der Blei- und Silberhütte in Friedrichshütte wieder einführt. Die Hütten werden ferner in der Verordnung aufgefordert, bis zum 1. Februar 1928 dem Mobilmachungskommissar einen Plan vorzulegen, der die Ueberleitung der restlichen Betriebskategorien zum Achtstundentag spätestens bis 1. September 1928 regelt. In Ausnahmefällen soll dieser Termin bis zum 1. November 1928 verschoben werden. Die Betriebsräte der Hütten werden sich am Mittwoch mit dieser Verordnung befassen.

Eine Stilllegung der Betriebe ist offenbar noch nicht angekündigt. Diesen Trumpf haben die deutschen Schwerindustriellen ihren polnischen Kollegen allerdings vorweggenommen.

80 000 Arbeitslose in Dänemark werden jetzt gezahlt, nachdem die Zahl der Arbeitslosen im Laufe der letzten Woche um weitere 8000 Mann gestiegen ist.

In Oberschlesien ist die Zahl der Arbeitssuchenden in der Weihnachtswache um 8000 gestiegen und beträgt jetzt gegen 45 000.

380 Millionen Pfund Sterling wurden an Arbeitslosenunterstützung in der Zeit vom 1. Januar 1927 bis zum 10. Dezember in England gezahlt. Das will belagen, daß große Arbeitslosigkeit herrscht.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Dr. G. Geyer; Feuilleton: A. B. Böcher; Lokales und Sentenzen: Fritz Ruchardt; Anzeigen: Ed. Glöckl; Amtlich in Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 11.

Verlangen die Sonder-Angebote



Waschmaschinen
mit System

Wasche Rollen

Auch bis zu
18 Monatsraten
Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

KÜCHEN

Küche Lettchen . . . 55 M. 90 M.
Küche Christina m. Anr. 85 M. 135 M.

RIESENAUSWAHL
roher, lackierter, lackierter, Küchenschrank, einz. Kleider- u. Küchenschranke in ca.

135 Mustern.

HIMMEL

Hauptgeschäft:
Lothringer Str. 22, Schönhaus, Tor

Filiale:
Gr. Frankfurter Str. 40 am Strausberger Pl.

Krankentassenwahl der Straßenbahner.

Am Donnerstag, dem 29. Dezember, in der Zeit von 9 bis 5 Uhr, erfolgen auf allen Bahnstationen und Dienststellen der Straßenbahn die Wahlen der Vertreter zur Betriebskrankentasse. Alle Arbeiter sind verpflichtet, zur Wahl zu gehen und die Liste 2, beginnend mit dem Namen Ball, zu wählen. Insbesondere ist es Pflicht jedes Straßenbahners, nur die Liste 2 zu wählen. Deutscher Verkehrsbund, Betriebsverwaltung Groß-Berlin, Deutscher Metallarbeiterverband und Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.

„Eine süße Bruchbude.“

Mit dieser Ueberschrift versehen, bringt die „Rote Fahne“ heute einen Bericht über die Verhältnisse in der Schokoladenfabrik von Max Hoffmann, Wilstr. 34. Es seien dort überwiegend junge Arbeiterinnen im Alter von 14 bis 16 Jahren beschäftigt, der Stuhl funktioniere nicht, weshalb die Zweizehnerinfolge von jungen Männern vier Treppen hoch getragen werden müßten. Von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends werde gearbeitet bei Wochenlöhnen von 11 Mark. An alledem sind nur wieder die Sozialdemokraten schuld!

Der Betriebsrat ist nicht nur Sozialdemokrat, sondern verhält sich auch ausgezeichnet mit dem Unternehmer — was ja häufig vorkommen soll. Von der Erfüllung der geringsten Pflichten eines Arbeitervertreters nicht die Spur.
Dazu wird uns vom Denaq mitgeteilt, daß Herr Max Hoffmann

den gesetzlichen Vorschriften, einen Arbeiterrat wählen zu lassen, bisher überhaupt nicht nachgekommen ist, so daß ein Arbeiter- oder Betriebsrat überhaupt nicht besteht. Die Behauptung der „Roten Fahne“, der Betriebsrat sei Sozialdemokrat, ist also eine glatte Unwahrheit. Dieser Schwindel aber macht die „süße“ Sache für ihre Leser wohl erst genießbar. Daneben wird der Zweck verfolgt, die jugendlichen Arbeiterinnen dem kommunistischen Jugendverband zuzuführen.

Die Verhältnisse in dem Betriebe von Max Hoffmann könnten natürlich nicht bestehen, wenn diese junge zusammengewürfelte Arbeiterkaste den Weg zur Gewerkschaft in größerer Zahl finden würde, als es bisher der Fall ist. Das weiß auch die „Rote Fahne“, und ihre „Arbeiterkorrespondenten“ sollten es ebenfalls wissen. Allein, die Agitation für den kommunistischen Jugendverband, in dem die Gewerkschaften heruntergerissen werden, wie es tagtäglich in der „Roten Fahne“ geschieht, geht ihnen über die Agitation für die gewerkschaftliche Organisation.

Für jeden Landstrich eine Extrawurst.

Das heißt, für die Unternehmer jedes einzelnen Industriezweiges. So hat die Unternehmerschaft der Siegener Eisenindustrie beim Reichsarbeitsminister beantragt, das Inkrafttreten der Verordnung vom 16. Juli 1927 für die im Siegerland gelegenen Werke der Großhüttenindustrie „wegen der besonderen Notlage“ der hiesigen hüttenindustriellen auf einen Zeitraum von drei Jahren allgemein hinauszuschieben.

Wenn Silvester die Gläser erklingen!



Weißwein		Rotwein		Bischof	
1922er Oberhaardter	1.50	Sol d'Espagne . . . Fl.	1.35	Weinbrand (Verschnitt) Fl.	2.85
1922er Liebfraumilch	1.70	1925er Dürkheimer		Reiner Weinbrand Fl.	3.50
1922er Moselonne Fl.	1.85	Feuerberg Fl.	1.35	Ia Rum (Verschnitt) 40% Fl.	3.40
1922er Priestertröpfchen Fl.	2.10	1917er Alikante . . . Fl.	1.60	Ia Arak (Verschnitt) . . Fl.	3.50
1921er Wintricher Simonsberg Fl.	2.20	1923er Bordeaux St. Emilion Fl.	1.90	Diverse Punsche . . . Fl.	3.50
1920er Dürkheimer Feuerberg Fl.	3.00	1920er Burgunder Fl.	2.40	D.v. feine Liköre Fl.	3.60
		1921er Chateau La Louviere Fl.	2.80	Fruchtsekt Fl.	1.25
				Falsch u. feinstes	Marken-Liköre
Ananas mit Zucker . . . Dose ca. 2 Pfd	1.60				Henkell trocken, Burgell grün
ohne Zucker 1.25	0.90	Birnen weiß, 1/2 Frucht	1.25	0.68	Kupierberg Gold
Erdbeeren Ia	1.70	Pflaumen mit Stein	0.82	0.46	in 1/2 u. 1/4 Flaschen vorrätig.
Mirabellen Ia	1.30	Aprikosen 1/2 Frucht geschält	2.50	1.30	

Silvester-Scherzartikel

Neujahrskarten

in großer Auswahl, enorm billig

Bowlen, optisch

2 Liter	4 Liter	8 Liter
3.25	3.75	5.25

Bowlen, geschliffen

4 Liter	6 Liter	8 Liter
3.25	7.75	8.75

Syphonkannen komplett

1 Liter	2 Liter	3 Liter
2.75	3.25	3.95

Bowlentassen geschliffen . . . 0.58

Bierbecher gemust. od. geschliffen 0.18

Römer mit grünem Stiel, geschliffen 0.50, glatt . . . 0.28

Weingläser gemustert 0.48, glatt 0.32

Große Auswahl in Ball- u. Luxuschuhen für Damen und Herren

enorm preiswert!

H. Joseph & Co.

Neukölln Berlinerstr. 51-55.

Silber- oder Gold-Brokatshuhe in eleganter Ausführung

8.90

